

Sieben vor Zwölf?

Die Nukleargefahr hat wieder zugenommen

Götz Neuneck

In den Jahren 1957, 1958, 1983 und 2000 hat sich die DPG zur Kernwaffenfrage, zum Wettrüsten und zum Atomteststopp zu Wort gemeldet und für vertragliche Begrenzungen stark gemacht. Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes ist die Verpflichtung der Wissenschaftler, zu Frieden und Abrüstung beizutragen, leider nicht hinfällig geworden. Die Nukleartests von Indien und Pakistan 1998 sind ein untrügliches Zeichen dafür, dass eine „Renuklearisierung der Weltpolitik“ begonnen hat. Nach dem 11. September 2001 hat sich das Problem der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen wieder verschärft. Zugleich erlaubt die neue Präventivstrategie der USA das Führen von „Abrüstungskriegen“, möglicherweise auch mit Nuklearwaffen. Am 27. September 2002 rückte das „Bulletin of the Atomic Scientists“ die „Doomsday Clock“, die die Nukleargefahr symbolisiert, auf sieben Minuten vor Zwölf – so stand sie bei ihrer Einführung 1947.

Während über 40 Jahren Wettrüstens wurde dank Entspannung und Rüstungskontrolle ein globaler Nuklearkrieg verhindert und ein umfassendes Vertragsnetzwerk mit Überprüfungsinstrumenten geschaffen. Aber hat sich die Gefahr eines Nukleareinsatzes entscheidend verringert? Hat irreversible nukleare Abrüstung tatsächlich stattgefunden? Die nackten Zahlen sprechen eher dagegen: Zu viele Kernwaffen befinden sich im aktiven Alarmzustand; alleine die acht bekannten Atom-mächte (neben den großen fünf auch Indien, Pakistan und Israel) verfügen über ein Arsenal von 31 000 Sprengköpfen, 95 Prozent davon im Besitz von USA und Russland. Bis 2012 sollen „nur“ noch 1700–2200 Sprengköpfe pro Seite stationiert sein, der große Rest aber in Lagern einsatzbereit bleiben. Verifikation ist genauso wenig vorgesehen wie weitergehende Abrüstungsverpflichtungen. Jüngst hat die US-Energiebehörde erklärt, die Produktion von „Plutonium-Pits“ (Hohlkugeln, die Schlüsselkomponente für Atomwaffen) nach 14-jähriger Unterbrechung

wieder aufzunehmen. Die russischen und amerikanischen Vorräte an Militärplutonium und hochangereichertem Uran reichen für ca. 100 000 Sprengköpfe.

Nur ein minimaler Teil des Waffenmaterials gilt als „entsorgt“ oder wird von der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA überwacht. Zwar hat die G-8 das „10+10-Programm“ beschlossen mit dem Ziel, die überschüssigen Bestände und Anlagen mittels 20 Mrd. Euro zu sichern oder abzubauen. An der praktischen Umsetzung hakt es jedoch. Die Gefahr, dass Nuklearmaterial in die Hand von Terroristen fällt, ist, wie viele Studien belegen, gegeben und hängt mit der zögerlichen Abrüstung zusammen. Nach 1990 ist es der Menschheit nicht hinreichend gelungen, die Nuklearwaffen zu eliminieren und das waffenfähige Material wirkungsvoll zu sichern bzw. entscheidend zu verringern.

Dem umfassenden Atomteststoppvertrag CTBT, 1993 zur Unterschrift ausgelegt, sind inzwischen 166 der 191 UN-Mitgliedstaaten beigetreten. Solange Schlüsselstaaten wie die USA, China, Iran, Indien oder Pakistan nicht ratifiziert haben, kann er jedoch nicht in Kraft treten. Dennoch existiert heute ein „De-facto“-Testmoratorium. China hat jedoch ebenso Gründe, das Testen wiederaufzunehmen, wie Indien oder Pakistan. Pläne der Bush-Administration, kleine, tief in das Erdreich eindringende „mini nukes“ zu entwickeln, könnten neue Tests legitimieren und das Moratorium beenden. Ein neuer Nuklearwettlauf wäre unvermeidbar. Die Doomsday Clock tickt weiter.

Neben den unsicheren Altlasten drohen neue Aufrüstungsrunden. Indien und Pakistan liefern sich einen Nuklear- und Raketenwettlauf. Das nordkoreanische Regime spielt mit dem nuklearen Feuer und hat seinen Austritt aus dem Nichtverbreitungsvertrag (NVV) erklärt. Der Iran wird beschuldigt, ein eigenes Nuklearwaffenprogramm zu betreiben. Nachdem der ABM-Vertrag zur Raketenabwehr durch die Kündigung der USA weggefallen ist und

der CTBT noch immer nicht in Kraft ist, gerät nun auch der NVV und damit der letzte Pfeiler des Rüstungskontrollgebäudes in Gefahr. Angesichts der in Afghanistan und im Irak demonstrierten militärischen Macht der USA und der deklarierten Präventivdoktrin steigt die Gefahr, dass weitere Staaten sich Nuklearwaffen zulegen könnten, um sich so einer Militärintervention zu entziehen. Die Nuklearwaffenstaaten ihrerseits haben die Verhandlungen „einschlafen“ lassen.

Der Vorstandsrat der DPG hat im November 2002 beschlossen, die seit 1989 in den Statuten der DPG geführte „Atomwaffenteststoppkommission“ wiederzubeleben. Die Kommission, die durch den Arbeitskreis „Physik und Abrüstung“ koordiniert wird, soll die Thematik aus physikalisch-technischer Sicht verfolgen und über den Stand berichten. Hierbei ergeben sich sowohl wissenschaftliche als auch übergeordnete Fragen, etwa: Lassen sich die Messdaten des „International Monitoring Systems“ für wissenschaftliche Zwecke oder für Katastrophenfrühwarnung nutzen? Was kann Deutschland bzw. die EU tun, um das Inkrafttreten des CTBT zu unterstützen? Wie können Rüstungskontrolle und Abrüstung wiederbelebt werden?

Es wäre im wohlverstandenen Interesse aller Staaten, die atomare Bedrohung radikal abzubauen und die Nuklearwaffen genauso zu ächten wie B- und C- Waffen. Bis heute ist nur ein kleiner Teil des tödlichen Erbes des Kalten Kriegs unschädlich gemacht worden, und einige der internationalen Rüstungskontrollverträge hinterlassen große Lücken, was die Möglichkeit zur Weiterentwicklung von Massenvernichtungswaffen, den Umgang mit den dafür benötigten Materialien und die Verifikationsprozeduren angeht. Zur Eliminierung der Nuklearwaffen und zur Sicherung bzw. Zerstörung des waffenfähigen Materials ist ein stärkeres Engagement der „Scientific Community“ essenziell. Es wird innerhalb und außerhalb Europas nicht ohne Wirkung bleiben.



Dr. Götz Neuneck, Universität Hamburg, ist neugewählter Sprecher des Arbeitskreises Physik und Abrüstung (AKA) der DPG sowie Mitglied des Councils der „Pugwash Conferences on Science and World Affairs“.